



Keine Verteilung von Almosen Lernmittelfreiheit

Aus der WAZ - 7.Nov.20077 (Tina Sarge)

Der Dorstener Arbeitslosentreff (DAT) sieht sich in seiner Auffassung, das Arbeitslosengeld II reiche nicht für die Anschaffung von Lernmaterialien für die Kinder, durch Aussagen des NRW-Sozialministers Karl-Josef Laumann (CDU) bestätigt.

Bei der Regionalkonferenz zum Sozialbericht NRW habe Laumann auf eine Frage zu Regelsätzen für Hartz-IV-Kinder eingeräumt, dass für die Bemessung des Kinderregelsatzes nie wissenschaftliche Erkenntnisse zu Grunde lagen und gleichzeitig bestätigt, dass bei der Schaffung des

Sozialgesetzbuches II der Posten für Lernmittel bei Kindern nicht berücksichtigt worden sei. Auch habe Laumann die Aufteilung der Altersgruppe von Null bis 14 Jahren als ungeeignet angesehen. Kinder dieser Altersgruppe bekommen 60 Prozent des Regelsatzes von 347, E. "Dabei ist offensichtlich, dass Schulkinder einen höheren Bedarf haben als Kleinkinder, die noch nicht zur Schule gehen", sagt Reinhild Reska (Foto) vom DAT.

Laumanns Fazit: "Da muss noch an den Hartz IV-Gesetzen nachgebessert werden." Dazu Reska: "Wir begrüßen, dass der Sozialminister offenbar die gleichen Erkenntnisse gewonnen hat wie hier vor Ort der Arbeitslosentreff schon vor einem Jahr, als wir im ersten Antrag Lernmittelfreiheit für ALG II - Empfänger-Familien forderten." Seit der Einführung von Hartz IV seien viele betroffene Familien mit der Anschaffung von Lern- und Schulmaterialien finanziell überfordert. Laut DAT würden Lehrerinnen und Lehrer in Dorsten deshalb teilweise die Kosten für Schulmaterialien ihrer Schüler übernehmen.

"Hier kann doch was nicht stimmen. Sollen nun Schulen oder einzelne Lehrer für die Folgen der Hartz IV-Gesetzgebung aufkommen?" fragt die DAT-Sprecherin, die fordert, dass "wissenschaftlich fundierte Kriterien aufgestellt und die Sätze deutlich erhöht werden".

Bis es so weit ist, fordert der Arbeitslosentreff vor Ort eine unbürokratische und schnelle Lösung. Reska: "Das ist keine Verteilung von Almosen, sondern sozial gerecht und politisch notwendig." Der Eigenanteil, den Eltern bei Lernmitteln zahlen müssen, darf 49 Prozent eines festgelegten Durchschnittsbetrages nicht übersteigen. Materialien wie Schreibpapier, Stifte etc. sind keine Lernmittel und müssen von den Eltern bezahlt werden.